

Wir wissen, daß hinter den 173 Mandaten nicht mehr die alte Wählerzahl stand. Wir haben in einer ungünstigeren Situation gekämpft, als sie uns jemals beschieden war. Wir haben uns trotzdem behauptet und unsere Armee im Kern intakt und schlagfertig aus dem Kampf herausgebracht. Sie ist bereit, aufs Neue zu schlagen, je früher, desto besser! (Stürmischer Beifall)

Dann einige Worte über das Gutachten. Ich muß schon sagen: von all den Argumenten für die Annahme des Gutachtens habe ich das des Genossen Levi am wenigsten verstanden. Er sagte — und das ist doch das reine Moralisieren — wir sollen für die Annahme des Gutachtens stimmen, weil wir damit die Bourgeoisie für ihre Kriegsschuld bestrafen. Es ist wirklich eine sehr falsche Auffassung, wenn man meint, daß irgendwie die Gestaltung des Friedensvertrages auch nur im geringsten etwas mit irgendeiner Moral der Welt zu tun hat. (Sehr richtig!) Das waren politische Machtentscheidungen. Ebenso sage ich: wir können gar nicht im Interesse des Proletariats uns etwa auf den Standpunkt stellen, das Gutachten anzunehmen, um unsere Bourgeoisie zu bestrafen. Die Annahme des Gutachtens bedeutet im Jahre der Vollerfüllung, daß aus dem gesellschaftlichen Produkt der deutschen Wirtschaft 2,5 Milliarden herausgenommen werden. Das ist keine „Strafe“ für die Bourgeoisie allein. Wir müssen dem Proletariat ganz offen die Wahrheit sagen. Sie können Steuern machen, welche Sie wollen, diese 2,5 Milliarden werden doch zum Teil auch vom Proletariat aufgebracht werden; sie können nur erzeugt werden aus der Produktionskraft der Wirtschaft überhaupt. (Sehr wahr!) Das wirkliche Argument ist folgendes. Die Nachteile des Gutachtens werden weitaus überwogen durch die Vorteile des Friedens, der Sicherheit und der Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufbaues. Das ist ein ganz realistisch Grund. Wir brauchen keine moralischen Vorwände bei dieser ganzen Betrachtung. Moralisch bei dieser Betrachtung ist nur der sozialistische Standpunkt, der Standpunkt der sozialistischen Internationale, die immer wieder erklärt hat: die Verwüstungen des Krieges müssen gutgemacht werden, sie können nicht einem einzelnen Lande auferteilt werden. Das ist die sozialistische Moral; aber das hat mit der Frage der Annahme des Gutachtens sehr wenig zu tun. —

Ebenso muß ich die andere Behauptung des Genossen Levi bestreiten, daß die Steuerfrage die wesentliche Frage für die kulturelle Stellung der arbeitenden Massen sei. Ich bin dafür, daß wir den Steuerkampf mit aller Entschiedenheit durchführen. Ich habe gesagt, daß das Verhältnis der Massenbelastung zur Befähigung ungünstig ist. Im Gutachten selbst haben wir eine ganze Anzahl von Momenten, die in unserem Kampfe geltend gemacht werden müssen. Auch im Gutachten wird darauf hingewiesen, daß die Einkommensteuer zu hoch, daß die Vermögensverteilung infolge der Inflation in Deutschland ungerechter geworden ist als in irgendeinem andern Lande. Es wird darauf verwiesen, daß die Steuerpolitik die Aufgabe haben müsse, diese Gewinne der neuen Reichen zu erfassen. In dieser Richtung wollen wir arbeiten. Aber wir wollen auf der andern Seite diese Dinge auch nicht übertreiben. Eine Lohnerhöhung, die Festhaltung des Achttundentages, der Kampf gegen die Lebensmittelzölle sind für die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft wichtiger als die eine oder andere Steuererhebung. Das muß gesagt werden, weil wir sonst in die Gefahr kommen, unseren ganzen Kampf herabzuziehen in die Niederungen eines reinen Interessentkampfes. Wir sind, was immer wieder betont werden muß, keine Interessentpartei wie die andern Parteien. (Sehr richtig!) Wir sind nicht nur eine Partei der unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Wir sind die Partei, die berufen ist, zum Neuaufbau der Gesellschaft, deren Ziel zusammenfällt mit dem großen dauernden Interesse der Sozialdemokratie überhaupt und damit dem Interesse aller derer, die nicht unmittelbar

am Kapitalertrag beteiligt sind. Diese Idee gegenüber den Verwüstungen des Krieges wieder geltend zu machen, ist unsere Aufgabe. Deshalb dürfen wir den rein materiellen Kampf nicht bis ins Ungemessene übertreiben. (Bravo!)

Zum Schluß lassen Sie mich noch folgendes sagen: Möge von diesem Parteitage die Erkenntnis ausgehen, daß die hinter uns liegende Periode eine Zeit ungeheuer schwieriger Kämpfe gewesen ist, daß aber die vor uns liegende Periode aussichtsreicher für uns sein, daß die politischen Probleme wahrscheinlich klarer sein werden. Deshalb möchte ich, daß dieser Parteitag endlich Schluß macht mit allem, was hinter uns liegt, daß er uns hilft im Kampfe für die Zukunft, indem Sie hinausgehen und die Arbeiter aufrufen zum Selbstvertrauen und zum Vertrauen in dem Fortschritt des Sozialismus, zum Vertrauen auf ihre Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall!)

**Dr. Levi-Berlin** (persönliche Bemerkung): Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung selbstverständlich nicht auf eine ganze Reihe von Mißdeutungen antworten, die unterlaufen sind. Die Genossen Hilferding und Breitscheid haben anerkannt, daß diese Deutungen nur deshalb möglich gewesen wären, weil ich nicht jusqu'au bout hätte reden können. Genosse Breitscheid hat es für angemessen gehalten, zu sagen, ich sei meine Rede losgeworden und sei dann weggelaufen. Ich kann aber sagen, daß die Pflichten, die mich abgehalten haben hier anwesend zu sein, ganz bestimmt dringender gewesen sind, als die, die gestern den Genossen Breitscheid abgehalten haben, an der Abstimmung hier teilzunehmen. (Rufe: Oh! — Unruhe.)

**Vorsitzender Wels:** Ich muß dazu erklären, daß ich die letztere Bemerkung für absolut ungebührig halte. Ich weise sie deshalb zurück. Genosse Breitscheid ist im Einverständnis und sogar im Auftrage des Parteivorstandes und Fraktionsvorstandes abwesend gewesen.

Ein Antrag, die Rede Hilferdings als Broschüre herauszugeben, wird einstimmig unter großem Beifall angenommen.

Der Antrag 253 wird gleichfalls einstimmig angenommen.

Die Resolution Hilferdings unter Nr. 252 wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution Sembler und Genossen unter Nr. 254 wird abgelehnt.

Die von Löbe begründete Resolution zur Bildungsfrage findet die einstimmige Zustimmung des Parteitages, desgleichen die Resolution Wachenheim und Genossen unter Nr. 250.

Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission und der Beschwerdekommision erhält dann das Wort Dr. Eckstein-Breslau.

**Dr. Eckstein-Breslau:** Die Parteivorstandswahl hat folgendes Ergebnis gehabt. Es wurden abgegeben 376 Stimmen. Davon waren ungültig 14 Stimmen. Es bleiben an gültigen Stimmen 362. Nach § 17 des gestern angenommenen neuen Statuts ist für die Wahl zu den Parteivorstandsdörnern die absolute Mehrheit notwendig. Diese beträgt 182. Es haben erhalten als Vorsitzende Genosse Müller 340, Genosse Wels 264 Stimmen, Genosse Crispian 214 Stimmen, als Kassierer Genosse Bartels 313, Genosse Ludwig 300 Stimmen. Als Sekretäre sind gewählt Mollenbuhr mit 351 Stimmen, Genossin Juchacz mit 306 Stimmen, Genosse Stellung mit 305 Stimmen, Genosse Dr. Adolf Braun mit 301 Stimmen, Dittmann mit 300 Stimmen. Bei der Wahl der Beisitzer sind abgegeben worden für die Genossin Nemitz 284 Stimmen, für Dr. Moses 269, Fischer 263, Hildenbrand 257, Schulz 256, Hilferding 253, Rynek 225, Frank 225, Stahl 201 Stimmen. Die bisher Genannten sind damit gewählt. Außerdem haben erhalten Aufhäuser 141, Rüntler 129, Strübel 126, Mathilde